

Michaela Fenske, Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2013, 437 S., kart., 34,90 €, auch als E-Book erhältlich.

Seit der Ausbildung frühneuzeitlicher Staatlichkeit schrieben Untertanen an die Obrigkeit, um auf Missstände aufmerksam zu machen, juristische Entscheidungen anzufechten oder um Hilfe in individuellen Notlagen zu bitten. Auf genau diesen drei Feldern schrieben Deutsche auch noch in der Bundesrepublik an Politiker, die ihrerseits diese Schreiben äußerst ernst nahmen und in der Regel Abhilfe zu schaffen suchten. Die Europäische Ethnologin Michaela Fenske widmet sich in ihrer Habilitationsschrift dieser wichtigen und bislang in der historischen Forschung übersehenen, obwohl reich überlieferten postalischen Korrespondenz. Sie beschränkt sich, leider ohne nähere Begründung, auf Briefe an die niedersächsischen Ministerpräsidenten und (sehr untergeordnet) Petitionen an den dortigen Landtag zwischen 1950 und 1974. In ihrer „Ethnographie des Schreibens“ (S. 10) verfolgt sie im Grunde zwei parallele Erkenntnisinteressen: Bürgerbriefe als „Medien politischer Kultur“, die sie im zweiten, vierten und fünften Kapitel behandelt, und als „Kaleidoskop des langen Nachkriegserlebens“, dem sich das opulente dritte Kapitel widmet.

Das Nachkriegserleben bildet das Herzstück der Studie. Fenske interessiert, „was die Zeitgenossen beschäftigte“ (S. 40), und will die Quellen selbst sprechen lassen. Lange Auszüge oder komplette Abdrucke lassen die Monografie bisweilen den Charakter einer sozialgeschichtlichen Quellenedition annehmen. Einer der wesentlichen Befunde Fenskens ist die Kontinuität bestimmter Problemlagen der Unterschichten, die mit den Briefen vornehmlich in den Blick geraten. Wohnungsnot, der Kampf um Renten und Lastenausgleich, Armut und Arbeitslosigkeit, Sittlichkeitsfragen und Probleme mit der jugendlichen Moral, Nachbarschaftsstreitigkeiten und Konflikte zwischen Heimatvertriebenen und Altansässigen in Niedersachsen beschäftigten die Schreiberinnen und Schreiber den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch. Das Wirtschaftswunder und die Wohlstandsgesellschaft kannten im Lokalen mithin ebenso klare Grenzen wie die kulturelle Liberalisierung der Bundesrepublik, wobei gerade die von Fenske als „unterprivilegiert“ bezeichneten Schreiber ihren Antisemitismus pflegten oder sich über die Entwicklungshilfe an die ‚Dritte Welt‘ beschwerten. Eindringlich zeigt sie zudem, wie der Krieg und zunehmend auch die Erfahrung der NS-Diktatur den Deutschen nicht nur in eine „private“ Opferrolle verhalfen, sondern wie sie ihren Opferstatus auch selbstbewusst gegenüber dem deutschen Staat vertraten, den sie selbstverständlich in eine Kontinuität zum NS-Regime stellten. Dass viele Deutsche in ihren Schilderungen über Begegnungen mit den Behörden alles andere als staatstreu erscheinen, und dass sich der Staat in ihren Augen keineswegs als funktionierend und verlässlich erwies, ist ein historisch interessanter, von Fenske selbst nicht ausreichend problematisierter Befund, der sich dem Leser aufdrängt.

Des Öfteren lassen Fenskens ethnografische Interpretationen den Historiker ein wenig unbefriedigt. Wenn sie etwa beobachtet, dass eine Kriegerwitwe in einer aufgrund von Streitigkeiten mit den Untermietern angestregten Petition an den Landtag „ihrer Trauer [...] keinen Raum“ gab (S. 156), sondern kurz und sachlich über ihre Lebensumstände berichtete (gefallener Ehemann, verlorener Arm), so handelte es sich hierbei womöglich nicht um die viel zitierte „Unfähigkeit zu trauern“, sondern um die „Professionalität“ des „kleinen Mannes“: Die Deutschen waren im Umgang mit Behörden geübt und konnten wissen, dass Petitionen an die „oberste Behörde“, wie die betreffende Bürgerin den Landtag bezeichnete (ebd.), eine nüchterne und sachliche Sprache opportun machten. An diesem Beispiel zeigt sich ein Defizit der Studie, das nicht notwendigerweise darin begründet liegt, dass Fenske keine Historikerin ist: Sie will anhand der Briefe die politische Kommunikationspraxis der Westdeutschen untersuchen, liefert aber keinen analytischen Zugriff. Auf entsprechende Konzeptualisierungen der historischen Forschung verweist sie nur cursorisch. Symptomatisch für diese fehlende methodische

Tiefenschärfe ist der Fakt, dass sie einen von Thomas Mergel, Christoph Classen und Martin Sabrow geplanten, aber nie veröffentlichten Sammelband zitiert.

Was genau Bürgerbriefe als „Medien politischer Kultur“ ausmachen und was sich der Leser dabei unter „Medien“ zum einen, unter „politischer Kultur“ zum anderen vorzustellen hat, bleibt so eher im Dunkeln, wenngleich Fenske sich bemüht, das Schreiben als partizipative Praxis zu entwerfen. Darin sieht sie die wesentliche Funktion der Bürgerbriefe im Kontext der „Demokratisierung“, die sie schlicht als „Prozess“ auffasst, ohne dieses historiografische Konzept kritisch zu hinterfragen. Das Mediale der Briefe sieht sie in dem persönlichen Kommunikationszusammenhang, den sie zwischen Bürgern und Politikern stifteten, und im Akt der Selbstermächtigung sonst stumm bleibender Wähler. Der Griff zum Papier, so Fenskens Argument, war an sich bereits ein demokratischer Akt. Im Schreiben, so könnte man ihre Argumentation zuspitzen, ist eine Art Selbst-Bildung des Bürgers (*citoyen*) der Bundesrepublik zu erblicken, weil er sich dadurch selbst als demokratisches Subjekt aktivierte. Dies beobachtet Fenske mit guten Gründen schon in den 1950er-Jahren, wobei sie zu Beginn der 1970er-Jahre im Einklang mit der historischen Forschung eine Zunahme an kritischem Interesse diagnostiziert, das sich nicht zuletzt in einer rückgängigen Ehrerbietung gegenüber dem Ministerpräsidenten als „Landesvater“ äußerte.

Mit der Betonung des Schreibens als einer demokratischen Praxis will Fenske die Bitt- und Beschwerdebriefe vom Ruch der „Untertanenkultur“ befreien, stehen sie doch für die Persistenz von Elementen traditionaler Herrschaft in parlamentarischen Systemen. So richtig es ist, solche Kontinuitäten zur Vormoderne herauszustellen und die Nachkriegsdemokratie nicht als rein rationale Herrschaft zu entwerfen – es wirkt zugleich auch arbiträr. Waren die Eingaben der DDR-Bevölkerung oder die Briefe an Hitler dann auch demokratisch, oder aber „totalitär“, weil sie eben nicht im institutionellen Gehäuse einer parlamentarischen Demokratie geschrieben wurden? Bei den Bürgerbriefen gerade an Ministerpräsidenten als „Landesväter“, die in ihren Antworten auch gern als solche auftraten, den Bürgern halfen, sie belehrten, ihnen bisweilen sogar Geldgeschenke machten, scheint es sich eher um eine politische (nicht: demokratische) Kommunikationspraxis zwischen Herrschern und Beherrschten zu handeln, die über Jahrhunderte hinweg ähnliche Funktionen erfüllte: Sie verhandelte die Legitimität von Herrschaft in lokaler Anschauung, dort also, wo die Untertanen oder Bürger wohnten, und sie trug damit stets zur Stabilität der politischen Ordnung bei. Dass die Herrschaftsform oder das Regierungssystem dabei nebensächlich waren, ist jenseits der Fülle an interessantem Quellenmaterial der wichtige Mehrwert, den Zeithistoriker aus der durchaus verdienstvollen Studie ziehen können.

Claudia Christiane Gatzka, Freiburg

Zitierempfehlung:

Claudia Christiane Gatzka: Rezension von: Michaela Fenske, Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81732>> [29.4.2016].